

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsgesellschaft des Dresdner Nachrichten-Verlages
monatlich RM. 2.50 (einjährlich 30 RM.
Zugabe 10 RM.) durch Postweg RM. 2.50 einjährlich
30 RM. (Zugabe 10 RM.) durch Postweg
bei Lebenszeit wöchentlichem Versand. Einzel-
nummern 15 Pf., außerhalt 20 Pf.

Druck u. Verlag: Kiepsch & Reichardt, Dresden-N. I., Marien-
straße 38/42, Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Abdruckverbot: 50 mm breite Streifen 10 Pf.,
außerdem 40 Pf. Anzeigenblätter u. Kabinette nach
Zahl. Familienanzeigen und Stellenangebote er-
halten 50 Pf. — Werbung nur mit Quittungsbildung Dresdner Nachrichten.
Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Milchstreif der dänischen Bauern

Ausgang der Bewegung von Nordschleswig

Kopenhagen, 22. Juli. Wie aus Nordschleswig gemeldet wird, werden mindestens 120 von den insgesamt 145 Sammelkreisen im Zusammenhang mit dem Produktionsstreik am Sonntag stillliegen. Ein Sonderkorrespondent der konservativen Zeitung „Dagens Arbejder“ berichtet seinem Blatt, daß der Kampfbund der Landwirte mit Ruhe und fester Entschlossenheit den Streik durchführt.

Innerhalb der Landwirtschaft Nordschleswigs bestehe vollkommene Einmütigkeit.

Der Wille des Bauerntums sei unerschütterlich, doch habe die Leitung die feste Absicht, es nirgends zu Gewaltanwendung oder zu einer Störung der öffentlichen Ordnung kommen zu lassen. Im ganzen Lande herrsche Empörung über die Vollzeiterklärungen. Der geschäftsführende Ausschuss des Bauernbundes habe in einem letzten Aufruf gesagt, daß sich die Landwirte durch die Maßnahmen des Justizministeriums nicht zu Unbefonnenheiten hinreißen lassen sollten. Der Justizminister habe den Beweis erbracht, daß er die Aufgabe im Grenzlande nicht verstehe. Der Landesführer Peter Nielsen sagte mündlich hinzu, daß die Leitung des Bauernbundes alles getan habe, um Unruhen zu vermeiden. Wenn es trotzdem zu Zusammenstößen kommen sollte, so treffe einzig und allein die Polizei die Schuld. Ohne Kopenhagener Berichterstattung hätte man Ruhe und Ordnung verbürgen können. Jetzt aber müsse man sich damit begnügen, zu beweisen, daß nichts Ungeheuerliches geschehen solle.

Von einem neuen Geist ergriffen und von neuer Zuversicht getragen, hat

das Bauerntum in Dänemark dem System den Kampf angefaßt.

Der Kampfbund der Landwirte (L.B.), der in ganz Dänemark etwa 135 000 von insgesamt 200 000 Bauern umfaßt, während die Nordschleswiger Landesorganisation nicht weniger als 10 000 Mitglieder zählen dürfte, wird am Sonntag in Nord-Schleswig einen Produktionsstreik durchführen. Wenn diese Bewegung von Nord-Schleswig ausgeht, so liegt das nicht nur daran, daß dort die Not des Bauernstandes

am größten ist, sondern auch daran, daß dieses Gebiet aus geographischen und volklichen Gründen den Geist des nationalsozialistischen Deutschland am stärksten verpörrt und lebendigen Antrieb von ihm empfängt. Die sozialdemokratische Pressefelle, daß es sich bei der Bewegung um „deutsche Bauernschaften“ handele, wird von vornherein dadurch widerlegt, daß

aus Nordschleswig nur der Aufstoß kam, den das alte dänische Bauerntum auffing und mit geradezu leidenschaftlicher Zustimmung über das ganze Land trug.

Am 4. Juli billigte der geschäftsführende Ausschuss in Apenrade die Streikparole und schon am 12. trat der Hauptverband des Gesamtverbandes in Aarhus zusammen, um das Vorgehen der Nordschleswiger einstimmig zu billigen. Der Bund stellte es seinen Mitgliedern frei, entweder am 23. Juli in den Sympathiestreik zu treten und ebenfalls zum Zeichen des Protestes gegen die Vernachlässigung der bäuerlichen Lebensinteressen keine Milch an die Meiereien zu liefern, oder den Erlös der an diesem Tage abgetesteten Milch in einen Arbeitsfonds zugunsten Nordschleswiger einzuzahlen. Im Aufruf der Landwirte, der in allen Provinzen und Kreisen Dänemarks lebhafteste Zustimmung gefunden hat, kam eine

unmißverständliche Abfolge an den parlamentarischen Aufstand und das herrschende Parteiystem

zum Ausdruck, und noch weit schärfer und eindeutiger lautete die Stellungnahme der Bauernführer in ihren Erklärungen an die Presse. Es hieß u. a., daß Kopenhagen den Willen der Bewegung zu spüren bekommen werde, und daß die Minister und Parlamentarier auf ihre Versäße verzichten sollten, da ja auch die Landwirtschaft seit Jahren keine Entnahmen gesehen habe. Vor der Dundezeit für die der Bauer sich nicht.

Der Proteststreik am Sonntag soll zunächst nur eine Warnung sein. Wie aus den Kreisen der Bewegung verlautet, werden weitere Maßnahmen für den Fall geplant, daß die Anforderungen der Bauernschaft auf wirksamen Schutz ihrer Interessen und ihrer Bodenständigkeit unerfüllt bleiben sollten.

Vorstoß nach außen

Politische Sommerferien, wie sie früher durch den Stillstand der Geschäfte und die wochenlange Abwesenheit der Reichsregierung gekennzeichnet waren, gibt es im neuen Deutschland nicht mehr. Dazu ist das Tempo viel zu schnell, das der Nationalsozialismus bei allen seinen Aktionen vorlegt. Wohl aber ist in der großen Durchbruchschlacht zu Freiheit und Brot ein häufiger Wechsel der Frontabschnitte zu bemerken, an denen die Offensive mit gewaltigen Stößen vorgetragen wird. Nachdem die revolutionäre Welle des Juni die letzten Bastionen des Parteiensystems weggefegt hatte, wurde von der Führung dem Vormarsch an der inneren Front sofort Einhalt geboten und die ganze Energie der Bewegung auf der Arbeitssfront zusammenballt. Mit welchem wachsendem Erfolg, das war aus den Siegesberichten zu ersehen, die Tag für Tag ausgegeben werden, um die Teilnahme der breiten Massen für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu erwecken.

Dabei ist besonders beachtenswert, daß diesmal Ostpreußen an der Spitze marschiert, derjenige Landesteil, der infolge seiner Abschneidung durch den Reichsfestkorridor und wegen seiner agrarischen Struktur das Sorgenkind aller deutschen Regierungen war. Was ihnen aber nie gelang, weil sie vor lauter Dogmen und Theorien sowie in ihrer Abhängigkeit von einander widerstrebenden Parteien und Interessengruppen nur herumexperimentierten, das hat die Regierung Hitler mit ihrem verzagten Zupacken schon im ersten Anlauf in einem Ausmaß erreicht, das die Zweifel verkommen läßt. Und das ostpreussische Beispiel wirkt mitreißend. Aus dem ganzen Reich mehren sich die Meldungen, die erkennen lassen, daß die Wirtschaftsaufbebung weitere Fortschritte macht. Die verschiedenartigsten Industriezweige fänden die Neueinstellung von Arbeitern an, und auch der Handel fühlt eine allmähliche Erleichterung des Krisenbruchs. Wenn am gleichen Tage der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller eine 10prozentige und der Ruhrkohlenbergbau eine 14,10prozentige Produktionssteigerung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bezeugt, so ist das ein Zeichen, daß auch die Schlüsselindustrien in die Aufwärtsbewegung eingetreten sind und mit ihren starken Armen arbeitsspendend um sich greifen. Welche Leistung unsere durch vierzehnjährige Ausdehnung geschwächte Wirtschaft damit aufbringt, das läßt sich am deutlichsten durch den Vergleich mit den so mächtigen und raumgewaltigen Wirtschaftsgebieten Amerikas und der Sowjetunion ermessen. In den Vereinigten Staaten versuchen hochkapitalistische Methoden vergeblich das Problem der Arbeitslosigkeit zu meistern, und in Rußland wird das marxistische System der Hungerkatastrophe nicht Herr. Der im Rahmen der Volksgemeinschaft geführte Kampf des Nationalsozialismus gegen die nationale Not weist dagegen schon beachtliche Anfangserfolge auf und erregt im steigenden Maße die Achtung der Welt. Und je erfolgreicher die Arbeitschlichte fortgeführt wird, um so nachhaltiger werden ihre Ergebnisse, allen Grenel- und Propagandablägen zum Trotz, für die Staatsidee des neuen Deutschlands werden.

Zu gleicher Zeit ist aber die Reichsregierung auch auf der außenpolitischen Front nicht müde geworden, ihre Stellung zu befestigen und auszubauen. Mit einer Schnelligkeit, die dem früheren System ebenfalls unbekannt war, sind sich auf diesem Gebiet Ereignisse von weittragender Bedeutung gefolgt, von denen sonst jedes einzelne größtes Aufsehen erregt hätte, während sie jetzt im großen Geflechten der Zeit untergehen. Kaum war das neue Deutschland durch den Abschluß des Viermächtepaktes in die Front der zukunftsbestimmenden Großmächte eingetreten, da wurde schon in der Aussprache des Kanzlers mit Henderson die deutsche Abdrückungsforderung ein Stück vorwärtsgetrieben und mit der Unterzeichnung des Kontorabts ein wichtiges Fundament für den Neubau des Reiches gelegt. Der Viererpakt kann trotz seiner Verwässerung durch die französische Diplomatie auf der Habenseite für die deutsche Politik verbucht werden, weil der sofort einsetzende Meinungsstreit über seine Bedeutung doch Beweise für seine positive Brauchbarkeit über die Neuordnung Europas erbracht hat. Daß Mussolini und Hitler den Vertrag als ein Instrument der Vertragsrevision angesehen wissen wollen, ist ja bekannt. Ebenso das Frankreich seinen östlichen Verbündeten gerade das Gegenteil versprochen hat. Bei diesem Gegenstand der Meinungen kam es darauf an, wie sich England als der mehrheitsbildende Vierte im Bund einstellen würde. Deshalb ist den Franzosen die Erklärung schwer in die Glieder gefahren, die der englische Außenminister Sir John Simon vor Antritt seiner Erholungsreise in die südamerikanischen Gewässer in Genf abgegeben hat, daß nämlich nach seiner Ansicht der Pakt als der Ausgangspunkt für eine internationale Aktion zur Revision der Verträge in Europa betrachtet werden müsse. Daraufhin wurden die Zwangsgefrigen in Paris sofort von der Furcht der Isolierung im Rat der Vier ergriffen und des

Adolf Hitlers Bild für Opfer Spenden

Aufruf für die auf dem Feld der Arbeit Gefallenen

Berlin, 21. Juli. In die Freude an den ersten Feiertag der nationalen Arbeit fiel die erschütternde Kunde von dem Bergmanntöter sieben deutscher Bergarbeiter. Reichskanzler Adolf Hitler rief damals zur Errichtung einer „Stiftung für Opfer der Arbeit“

an, aus der in Zukunft die Hinterbliebenen aller deutschen Arbeiter, die in ihrem Beruf tödlich verunglückt sind, unterstützt werden sollen. „Es darf nicht mehr vorkommen, daß in Zukunft solche Opfer der Arbeit auf die knappen Leistungen der öffentlichen Fürsorge angewiesen sind. Es ist vielmehr eine Ehrenpflicht aller Deutschen, insbesondere aber der Beamteten unter ihnen, hier ihr Bestes und Mächtigstes zu tun.“



So hieß es in diesem Aufruf. Der Widerhall war ungeheuer. Hunderttausende von Deutschen aus allen Gauen des Reiches und aus dem Ausland, reich und arm, alt und jung, beteiligten sich freudig an der Spende, um den Witwen und Waisen zu helfen. Schulkinde sammelten ihre Spargroschen, Vereine erhoben Umlagen. Unendlich viele opferten einen Teil ihres oft spärlichen Einkommens.

Tausende großzügiger Spenden

Von kleinen einzelnen und von Unternehmungen (so 50 000 RM. der Reichsbank und 55 000 RM. des Kali-Vereins) gingen ein. Die Arbeitsfront stiftete 100 000 RM., die Beamtenschaft sogar 150 000 RM. Die größten Spenden kamen aus

der Industrie. Es sind dies je eine Million des Zeichenverbandes in Essen und der Nordwestlichen Eisen- und Stahlgruppe, der Deutsche Fußballbund veranstaltete zugunsten der Stiftung die Meisterschaft um den „Adolf-Hitler-Pokal“, deren Entscheidungsspiel am Sonntag im Stadion stattfand.

Die Summe der Beiträge hat jetzt fast die Grenze von 5 Millionen RM. erreicht.

Als Zeichen des deutschen Volkes haben damit schon jetzt ein bewundernswürdiges Zeugnis der wiedererwachten sozialen Verbundenheit des deutschen Volkes abgelegt. Unter dem Eindruck dieses Wiedererlebens hat Reichskanzler Adolf Hitler sich jetzt entschlossen, als Anerkennung für die in den Spenden zum Ausdruck gebrachte soziale Weltinnung sein neuestes Bild zur Verfügung zu stellen, mit einem besonderen, von ihm selbst stammenden und geschriebenen Denkspruch:

„Für jeden der 1933, 10 000 die besten.“

Mit diesem schönen Spruch weist der Kanzler nochmals auf den dem Hilfswerk zugrunde liegenden großen Gedanken der Volksgemeinschaft hin. Das Bild wird denjenigen Spendern übermittelt, deren Gabe, ohne daß es irgendeine auf die Höhe des Beitrages ankommt, eine operative Beteiligung der Gemeinschaftsgestaltung darstellt. Wer für die Hinterbliebenen der tödlich verunglückten Arbeiter noch nichts gegeben hat, der reihe sich bald unter die Helfenden ein, da das Kapital der Stiftung in Ansehung ihres hohen sozialen Zweckes nicht hoch genug sein kann. Zahlungen für die „Stiftung für Opfer der Arbeit“ erfolgen durch alle Banken oder Postanstalten (Postfachkonto Berlin Nr. 120), an die Reichskreditgesellschaft, Berlin, oder an die Reichsbank.

Wer darf das Braunhemd tragen?

München, 22. Juli. Die Reichspressstelle der NSDAP teilt mit: Die heutige „NSDAP“ enthält eine Bekanntgabe des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß, über die Berechtigung zum Tragen des Braunhemdes. Danach darf das Braunhemd nur von Angehörigen der SA, SS, und von Parteimitgliedern getragen werden, die ihre Aufnahmeerklärung vor dem 30. Januar 1933 abgegeben, und endlich von solchen nach dem 30. Januar 1933 eingetretene Personen, die im Besitz eines besonderen Ausweises der Parteileitung sind.